

II-2439 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XI. Gesetzgebungsperiode

Präs. 26. März 1969

No. 1218/y

Anträge

der Abgeordneten Peter, Mitter, Dr. Scrinzi und Genossen
 an den Herrn Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen,
 betreffend Reorganisation der verstaatlichten Industrie.

Zu der von den freiheitlichen Abgeordneten von Anfang an vertretenen Ansicht, daß das Bundesgesetz über die Ausübung der Anteilsrechte des Bundes an den verstaatlichten Unternehmungen (ÖIG-Gesetz) als Grundlage für die Reorganisation bzw. Sanierung der verstaatlichten Industrie ungeeignet ist, hat sich nunmehr nach langwierigen internen Auseinandersetzungen, spät genug, auch die Regierungspartei durchgängen.

Im Vordergrund des in der Österreichischen Volkspartei "gedanklich ausgerollten" Entwurfes für eine Novelle zum ÖIG-Gesetz steht laut Zeitungsmeldungen die Umwandlung der Industrieverwaltungsgesellschaft aus einer Treuhandgesellschaft in eine echte Eigentümerholding. Durch eine derartige Regelung erhielt die Österreichische Industrieverwaltungsgesellschaft endlich jenen unbedingt notwendigen wirtschaftlichen Spielraum, der ihr zum Schaden für die verstaatlichte Industrie und ihre Beschäftigten schon allzu lange vorenthalten wird.

Ein weiterer Punkt im gegenständlichen Plan der Regierungspartei ist, wie ebenfalls aus Pressemeldungen hervorgeht, die "Entpolitisierung" aller Aufsichtsräte verstaatlicher Unternehmungen, worunter man jedoch bedauerlicherweise nicht etwa die Beseitigung des partipolitischen Properzes, sondern lediglich die eher optischen Rücksichtnahmen entspringende und jedenfalls unzureichende Bestimmung zu verstehen haben wird, daß Mitglieder der Bundesregierung und der Landesregierungen, Abgeordnete zum Nationalrat, zu den Landtagen und Bundesräte im Bereich der verstaatlichten Industrie nicht Mitglieder von Aufsichtsräten werden können.

Der Umstand, daß die Probleme der verstaatlichten Industrie neuerlich Gegenstand von Geheimverhandlungen zwischen ÖVP und SPÖ sein werden, läßt echte Lösungen auch in dem noch verbleibenden letzten Viertel der XI. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates von vornherein

- 2 -

unter ungünstigen Vorzeichen erscheinen. Besonders besorgniserregend ist in diesem Zusammenhang die angebliche Bereitschaft der Regierungspartei, die Zustimmung des sozialistischen Verhandlungspartners zur Reorganisation der ÖIG durch eine wirtschaftspolitisch im höchsten Grade bedenkliche verfassungsmäßige Verankerung der verstaatlichten Industrie-Unternehmungen einzuhandeln.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen die

A n f r a g e :

- 1) Welche konkreten Forderungen werden Sie vom Ressortstandpunkt aus für eine Reorganisation der verstaatlichten Industrie bzw. der ÖIG bei den demnächst beginnenden Geheimverhandlungen zwischen ÖVP und SPÖ vertreten?
- 2) Werden Sie sich einer durch nichts gerechtfertigten verfassungsmäßigen Verankerung der verstaatlichten Industrie, in welcher Form auch immer, widersetzen?
- 3) Welcher maximale Zeitraum erscheint Ihnen für diese Geheimverhandlungen angesichts der Tatsache vertretbar, daß bereits drei Viertel der XI. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates verstrichen sind, ohne daß die dringlichen Probleme der verstaatlichen Industrie gelöst worden wären?
- 4) Werden Sie, falls bei diesen Geheimverhandlungen bis zu einem bestimmten Termin eine Einigung nicht zustande kommen sollte, einen Ministerialentwurf für eine Novelle zum ÖIG-Gesetz so zeitgerecht zur Begutachtung aussenden, daß die Reorganisation der ÖIG noch in dieser Gesetzgebungsperiode des Nationalrates möglich ist?

Wien, 26.3.1969